

Hagit Ofran lebt gefährlich. Sie fotografiert, was neu ist im Westjordanland. Häuser, Straßen, Wassertanks. Die israelische Siedlungspolitik ist jetzt Thema bei Verhandlungen in Washington. „Ein Desaster, wenn sie scheitern“, sagt sie. Im Moment sieht es ganz danach aus



Aus dem Boden gestampft. Der Baustopp im Westjordanland gilt noch bis zum 26. September. Trotzdem werden überall israelische Siedlungen errichtet.

Foto: laif

## Spionin in der Wüste

VON FREDY GAREIS, JERUSALEM

Hagit Ofran versteckt die Digitalkamera unter dem Sitz und bringt ihren weißen Geländewagen vor einem Schlagbaum zum Stehen. Der Wachmann der jüdischen Siedlung Migdalim tritt aus seinem Häuschen und schaut ins Auto. Einen Moment später öffnet sich die Schranke, und Ofran atmet durch. Sie lenkt ihren Wagen in die Siedlung und sagt: „Viel wichtiger ist sowieso, dass ich wieder rauskomme.“

Hagit Ofran, 36 Jahre alt, Korkezieherlocken, arbeitet für die Nichtregierungsorganisation Peace Now. Sie ist so etwas wie eine israelische Siedlungsspionin. Einmal in der Woche fährt Ofran kreuz und quer durch das Westjordanland, um Siedlungsaktivitäten mit ihrer kleinen Kamera zu dokumentieren. Ihr Großvater war der Philosoph Yeshayahu Leibovitch, einer der frühesten Kritiker der Besiedlung des Westjordanlands. Vielleicht hat sie den Missionsgeist von ihm geerbt. Vier Jahre lang macht sie das schon, kaum jemand hat so einen guten Überblick wie sie.

**Nur ein Drittel ist ideologisch motiviert – die anderen suchen Ruhe**

Wenn am heutigen Donnerstag der Präsident der Palästinenser Mahmud Abbas und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Washington ihre Friedensverhandlungen aufnehmen, dann wird Hagit Ofran hoffen. Es werden die ersten direkten Gespräche der beiden Politiker seit zwei Jahren sein. Die Frage, ob israelische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet errichtet werden dürfen, ist zentral. Und Ofran sagt: „Es wird ein Desaster, wenn die Verhandlungen scheitern.“ Das könnte durchaus passieren. Denn schon am Mittwochabend hatte Netanjahu bei einem Treffen mit US-Außenministerin Hillary Clinton erklärt, den derzeit geltenden Baustopp auf keinen Fall verlängern zu wollen.

Im vergangenen November hatte Israel auf Druck der USA den zehnmönatigen Baustopp in Kraft gesetzt. Am 26. September läuft dieses Moratorium aus. Die Palästinenser hatten erklärt, nicht weiter verhandeln zu wollen, falls das Moratorium, das öffentliche Gebäude ausnimmt, nicht verlängert wird.

Ofran steuert aufmerksam durch Migdalim, entdeckt ein paar Häuser, die beim letzten Besuch noch nicht fertig waren, zückt ihre Kamera und fotografiert neue Wassertanks auf den Dächern und die neue Straße, die offensichtlich gerade fertiggestellt wurde. Ofran weiß, wie schwer es wird, wenn keine Einigung in der Siedlungsfrage erzielt wird. Denn Örtchen wie Migdalim durchziehen das ganze Westjordanland, das von Israel im Sechstagekrieg 1967 erobert wurde. Etwa 300 000 jüdische Siedler leben dort in 120 Siedlungen und zahlreichen sogenannten Außenposten. Hinzu kommen noch 200 000 Israelis im arabischen Ost-Jerusalem, das nach internationalem Recht ebenfalls palästinensisches Gebiet ist.

Höchstens ein Drittel der Siedler sei jedoch ideologisch motiviert, sagt Ofran.

Der Rest suche einfach eine bessere Lebensqualität, günstigere Häuser, Parks, ruhige Straßen.

Ihre Informationen bezieht Ofran, die fließend arabisch spricht, über Kontakte zu Palästinensern und Siedlern – und über Luftaufnahmen. Etwa zweimal pro Jahr lässt Peace Now solche Aufnahmen machen. Mit diesen Bildern und den Beobachtungen vor Ort entsteht ein umfassendes Bild der Siedlungen. Wird klar ersichtlich, dass sich die Siedlungen auf palästinensischem Land befinden, geht Peace Now den offiziellen Weg. „Wir schreiben an die Behörden“, sagt Hagit, „und sagen ihnen, dass die Siedlung illegal ist. Die Behörden antworten dann, ja das stimmt, diese Siedlung sollte abgerissen werden.“ Aber dann passiert oft nichts mehr. So ziehen sich viele Fälle vor Gericht einige Jahre hin, ohne dass illegale Siedlungen geräumt werden.

Ofran studierte jüdische Geschichte, arbeitete dann als Sekretärin beim ehemaligen Justizminister Yossi Beilin. Zu Peace Now stieß sie schon direkt nach ihrem Armee-Dienst. Sie begann, Demonstrationen zu organisieren, was sie auch heute noch tut. Erst vergangene Woche protestierte sie mit anderen israelischen Friedensaktivisten vor der Siedlung Talmon, in der Nähe der palästinensischen Stadt Ramallah. Es sei wichtig, sagt sie, immer wieder zu versuchen, gehört zu werden.

Wenn sie im Bus zur Demonstration fährt, dann ergreift sie das Mikrofon und erklärt ihren Mitfahrern die Situation in den palästinensischen Gebieten. Erklärt, während der Bus an einer der größten Siedlungen Modi'in Illit vorbeifährt, wie die Palästinenser fürchten, dass alle Siedlungen früher oder später ähnliche Ausmaße nehmen werden. 1994 waren es noch nicht mal 3000 Menschen; heute wohnen hier fast 40 000.

Auch auf dem Weg durch Migdalim zeigt Ofran ständig mit ihrem Arm nach links und nach rechts, deutet auf die Hügel und benennt die Siedlungen und Außenposten. Aufgereiht wie auf einer Kette bilden sie eine Linie von weißen Häusern mit roten Dächern, die nur noch wenige Lücken lassen – und auch die könnten bald geschlossen werden.

Schon jetzt ist das Westjordanland so fragmentiert, dass bezweifelt wird, ob ein palästinensischer Staat so überhaupt existieren kann. Doch bei den lokalen Behörden liegen schon zahlreiche weitere Anträge für Baugenehmigungen. Die Siedler haben in der Regierungskoalition von Benjamin Netanjahu eine starke Lobby. Avigdor Lieberman, der Außenminister, der selbst in einer Siedlung wohnt, äußerte sich zuversichtlich, dass die Knesset den



Friedensaktivistin Hagit Ofran. Foto: Gareis

Baustopp aufheben werde und dass mehrere tausend Bauprojekte schnell auf den Weg gebracht werden könnten.

Viele Menschen in Israel haben in den letzten Jahren den Glauben an erfolgreiche Verhandlungen verloren. Frieden wollen die Menschen trotzdem. In der Konsequenz könnte das allerdings heißen, dass es zu einer Räumung der Siedlungen kommen müsste. Was neue Probleme hervorbringen würde. „Wenn der Moment der Wahrheit kommt, dann wird es auf jeden Fall zu Ausschreitungen kommen“, sagt Ofran. Denn die Siedler würden sich wehren.

Daniel Ben-Simon, für die Labor-Partei in der Knesset, sagt: „Jemandem wird den Preis für den Frieden zahlen müssen, und das werden die Siedler sein. Jahrelang hat die Regierung ihnen den Koscher-Stempel gegeben, aber jetzt ist es Zeit für die Wahrheit.“ Der Koscher-Stempel, das sind die vielen Vorzüge, die die Siedler bekommen haben, und immer noch bekommen. Nicht nur, dass die Preise in den Siedlungen wesentlich günstiger sind. Früher gab es auch noch Steuerermäßigungen. Aber auch heute werden die Siedlungen bevorzugt, denn die Regierung kann sie als sogenannte „Präferierte Zonen“ deklarieren, was dazu führt, dass sie günstige Hypotheken verschafft, die ansässige Industrie und den Nahverkehr subventioniert.

In ihrem Jeep nähert sich Ofran Tapuach, einer Siedlung nahe Nablus, tief im Westjordanland.

Doch betreten wird sie diese Siedlung nicht, wie manch andere auch. Es erscheint ihr zu gefährlich – falls sie ein Siedler als „Spionin“ erkennt, könnte ihr mehr passieren, als nur rausgeworfen zu werden. In den vergangenen Jahren hat sie sich nicht nur Freunde gemacht.

Danny Dayan zum Beispiel, vom größten Siedlerverband Yescha Council, bezeichnet ihre Arbeit als nicht objektiv. Meistens sind es die illegalen Außenposten, wo die Menschen stark ideologisch motiviert sind, in denen es zu brenzligen Situationen kommt. Ihr Vorgänger sei in Tapuach mit Steinen beworfen worden, sagt Ofran. Viele Siedler tragen auch Waffen.

Kurze Zeit später stoppt sie den Wagen abrupt am Straßenrand. Unter dem Sitz holt sie ihr Fernglas hervor, späht einen Hügel hinauf und sieht eine neue landwirtschaftliche Anlage. „Die war beim letzten Mal noch nicht da“, sagt sie und macht sich eine Notiz. Kurz darauf bemerkt sie in der Ferne einen Lastwagen, der mit Zement beladen ist und der die Straße zur Siedlung Kochav Yaakov hochfährt. Sie wundert sich: Ihr ist nichts über ein dortiges Bauvorhaben bekannt. Ein weiterer Punkt auf ihrer Liste, dem sie erst später wird nachgehen können.

Viele Konfliktlösungen kursieren vor Beginn der Friedensverhandlungen. Aus dem politisch rechten Lager kam letztes überraschend der Vorstoß zu einer Ein-Staaten-Lösung, in der die Palästinenser die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Von vielen wird aber immer noch die Zwei-Staaten-Lösung bevorzugt.

Ofran erklärt es so: „Wenn wir die Palästinenser weiter so behandeln“, sagt sie, „sind wir kein demokratischer Staat. Aber wenn wir den Palästinensern Staatsbürgerschaft geben, sind wir bald kein jüdischer Staat mehr.“

Wer mit Hagit Ofran durchs Westjordanland fährt und die Siedlungsgürtel sieht, der muss sich unweigerlich fragen,

ob es für eine Räumung oder einen Landtausch nicht bereits viel zu spät ist. Wie soll so eine Menge an Menschen relokaliert werden? Aber Ofran ist optimistisch: „Wir haben innerhalb von fünf Jahren eine Million Immigranten aus Russland absorbiert. Ohne Sprachkenntnisse, ohne Job. Dann schaffen wir das auch mit den Siedlern.“ Sie sagt: „Es ist noch nicht zu spät.“

Nur wenige Stunden später erschließen am Dienstagabend in der Nähe von Hebron palästinensische Terroristen vier jüdische Siedler in ihrem Auto. Die Vereinigung der Siedler kündigt an, den Bau sofort wieder aufzunehmen, ohne Rücksicht auf das Moratorium – und noch bevor die Friedensverhandlungen überhaupt begonnen haben.



„Wenn ich gewusst hätte, wie praktisch eine Privatbank sein kann, hätte ich schon vor Jahren gewechselt.“

Silke F., Tierärztin

Natürlich ist eine Privatbank genau der richtige Partner für Ihr Vermögen. Aber wir sind auch die perfekte Hausbank für den Alltag. Infos unter (0 30) 8 97 98 -234 oder [www.weberbank.de](http://www.weberbank.de)

Meine Privatbank.

**Weberbank**  
Actiengesellschaft